

Wladimir Bukowski - Pawel Stroilow

# EUSSR

(Europäische Union Sozialistischer Sowjetrepubliken)

## Die Sowjetischen Wurzeln der Europäischen Integration

Verlag C. P. Clausen

Übersetzung aus dem Englischen:  
Bernd Ludolphi

1. Auflage  
© Verlag Claus P. Clausen  
~~Postfach 1327, D - 59523 Lippstadt~~  
Alle Rechte vorbehalten

Druck: Verlag Claus P. Clausen

## Einführung

Vereinigtes Europa wichtig für den Frieden, erklärt Bush. Diese Titelseitenschlagzeile der Londoner Times vom 20. Februar 2004 illustriert sehr gut, wie die Europäer den kürzlichen Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Alten Kontinent interpretiert haben. In Wirklichkeit hat Bush nichts dergleichen gesagt und sorgfältig eine Kontroverse über den gegenwärtigen Plan zur weiteren Integration Europas zu einem Bundesstaat vermieden, und in seiner Brüsseler Rede nicht einmal die Worte Vereintes Europa benutzt, sondern absichtlich den Begriff Staaten von Europa verwendet. Aber die Schlagzeile bringt dennoch die Bedeutung seines Besuches sehr klar zum Ausdruck. Denn er war der erste US-Präsident, der jemals das Hauptquartier der Europäischen Kommission besuchte, und er tat dies ausdrücklich, um die transatlantischen Brücken nach einer schweren Kontroverse mit den alten Verbündeten in der Irak-Frage zu reparieren. Diese Kontroverse mit allen Folgen muß die Amerikaner wie ein schwerer Schock getroffen haben, die sich bis dahin gegenüber den Plänen für die europäische Integration stets indifferent verhalten hatten. Die Entwicklung eines starken Europas liegt in der Tat im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika, und wenn die Europäer glauben, diese Union mache sie stärker, desto besser. Solange wir noch Partner sind.

Folglich war es für den amerikanischen Präsidenten eine vernünftige Entscheidung: Dem rebellischen Europa die Hand zu reichen und festzustellen [wie es The Times tat], daß die kürzliche Kontroverse lediglich ein Tropfen im Ozean des erweiterten Kontextes der transatlantischen Bindungen sei. Die Europäer empfanden diese Geste jedoch als präsidentialen Segen für das europäische Projekt. Eine Auffassung, die Euroskeptiker alarmierte und Europhile erfreute. Was für die Amerikaner gutes staatsmännisches Verhalten war, war für die Europäer ein Gang nach Canossa, wodurch uns wieder einmal die völlig andere politische Denkweise auf beiden Seiten des Atlantik deutlich vor Augen geführt wird.

Es wurde fast zu einer Platitüde zu behaupten, Europa sei fortschrittlich und ideologisch, während Amerika simplizistisch und pragmatisch sei. Aber selbst in einem so überholten Klischee steckt ein Körnchen Wahrheit. Über mehr als ein halbes Jahrhundert haben wir die verzweifelten Versuche der Amerikaner beobachtet, für die Ost-West-Konfrontation eine Verhandlungslösung zu finden, ohne den Kern und das Wesen dieses Konflikts überhaupt verstanden zu haben. Zeitweilig war es einfach zu peinlich zuzusehen, und in der Essenz waren alle derartigen Bemühungen gefährlicher als sinnlos, denn der Prozeß setzte voraus, daß ideologische Differenzen zwischen Kommunismus und liberaler Demokratie durch Verhandlungen überwunden werden können. Man denke nur an alle diese Gipfeltreffen und die öffentliche Agitation, die durch sie hervorgerufen wurde. Man denke an alle diese bedeutungslosen Abkommen und Verträge, wie SALT, START, ABM usw., damals als große Errungenschaft für die Menschheit bejubelt, während sie in Wirklichkeit völlig irrelevant gewesen sind. Dann hat schließlich ein amerikanischer Präsident die richtige Diagnose für diese Seuche gestellt und eine wirksame Behandlung eingeleitet. Und siehe da, der Jahrhundertfeind lag am Boden, und der Ost-West-Konflikt endete am selben Tag.

Laufen wir Gefahr, denselben Fehler im Umgang mit der Europäischen Union zu wiederholen? Wir sind davon fest überzeugt. Für jeden, der auch nur entfernt mit dem Sowjetsystem vertraut ist, sind die Übereinstimmungen bei der Entwicklung der Strukturen der Europäischen Union [EU] mit ihrer vorherrschenden, durch ein demokratisches Defizit geprägten Philosophie, ihrer endemischen Korruption und bürokratischen Unfähigkeit verblüffend. Für jeden, der unter der sowjetischen Tyrannei oder ihren Äquivalenten überall auf der Welt gelebt hat, ist die Entwicklung furchterregend. Erneut beobachten wir mit wachsendem Grauen das Auftauchen eines Leviathan, von dem wir gehofft hatten, er sei tot und begraben. Ein Monster, das Nationen zerstört, Millionen verarmt und mehrere Generationen vernichtet hat, bevor es schließlich zusammenbrach. Ist es unvermeidlich?

Ist die menschliche Rasse darauf aus, sich selbst zu vernichten und dazu verurteilt, dieselben Fehler solange zu wiederholen, bis sie durch Verelendung ausstirbt? Oder handelt es sich bei der EU in der Tat um eine Doublette der Sowjetunion, die den zögerlichen europäischen Nationen durch dieselben politischen Kräfte aufgezwungen wird, von denen der Urtyp geschaffen wurde?

Die Antwort auf diese Fragen findet sich in den Geheimarchiven des Moskauer Politbüros, zu denen der Autor glücklicherweise Zugang hatte.

---

## Anhang I

Während wir den Text der Broschüre erarbeiteten, meldete sich Wladimir Bukowski bei unserem Dolmetscher und kommentierte mit Überraschung das Auftauchen der Linkspartei/PDS im deutschen Wahlkampf. Über die beiden Führer Oskar Lafontaine und Gregor Gysi habe er zahlreiche Dokumente in den Geheimakten gefunden, die bis heute nicht übersetzt worden seien. Er werde uns die russischen Originaltexte zusenden und bat um schnelle Übersetzung und die Weitergabe an Medien und Politiker. Es folgt nun die Übersetzung dieser Dokumente, die wir nicht kommentieren müssen. Unser Freund Gerd Uhle, Bochum, war so freundlich, uns die Übersetzung zu finanzieren.

(Original S. 47)

p1. Bericht des sowjetischen Botschafters in Bonn, Valentin Falin, an Gorbatschow' über Falins Gespräche mit Egon Bahr vom 13.-16. Februar 1987

Bahr, ein altgedienter Moskauer<sup>2</sup> in der sozialdemokratischen Führung, sagt, die Sowjets bräuchten für den Erfolg ihrer neuen Außenpolitik Verbündete und verlässliche Partner im Westen. Hinsichtlich West-Deutschlands bitte er sie, sich zu entscheiden, ob sie in dieser Rolle die CDU oder die Sozialdemokraten vorziehen. Falls sie die Sozialdemokraten vorzögen, schlägt er vor, eine gemeinsame Strategie und Taktik für deren Rückkehr an die Macht Anfang der 90-er Jahre zu erarbeiten.

Gleichzeitig informiert er Falin über die Vereinbarungen, die vor kurzem im engsten inneren Kreis der sozialdemokratischen Führung getroffen wurden. Es sei vereinbart, sagt er, dass Oskar Lafontaine der neue Parteivorsitzende werden solle. Bahr beschreibt die zwei Phasen dieses geplanten Aufstiegs.

(Archiv der Gorbatschow-Stiftung, Bestand 2-1)

19.-20. Februar 1987

Berichtsnotiz Falins über den Inhalt der Gespräche mit E. Bahr  
(Deutschland) am 13.-16.02.87

Sehr geehrter Michail Sergejewitsch,  
vom 13. bis 16. Februar d. J. hatte ich eine Reihe von Gesprächen mit E. Bahr. In Ergänzung des Briefs von W. Brandt, welcher Ihnen separat berichtet wurde, bat der Gesprächspartner, die folgenden Vorstellungen Ihnen persönlich mitzuteilen.

1. In der Entwicklung der Weltlage seien die Voraussetzungen vorhanden oder würden heranreifen für den Kampf um eine Wende, welche in ihrer Gesamtbedeutung mit der Entspannung der 70-er Jahre vergleichbar, jedoch tief greifender sei.

2. Die Schlussfolgerung, zu der E. Bahr kam: Die UdSSR benötige für den Erfolg ihrer außenpolitischen Anstrengungen Verbündete und verlässliche Partner. In anderen Worten bestünden die Probleme, welche die Sowjetunion mit Schwerpunkt auf den Aspekt West-Deutschlands selbst definieren müsse, in Folgendem:

a) Welcher der potentiellen Kontrahenten ist von ihr in langfristiger Perspektive zu bevorzugen: die CDU/CSU oder die SPD?

b) Falls die Entscheidung zugunsten der derzeitigen Koalition fällt: Wie kann die Art der Kontakte mit den Sozialdemokraten in Zukunft gestaltet werden?

c) Falls der SPD mehr vertraut wird, wie kann dann die Strategie und Taktik der [beteiligten] Parteien für eine Rückkehr der Sozialdemokraten an die Macht zum Anfang der 90-er Jahre aussehen oder ist zumindest eine Enthaltung denkbar?

3. Bei der Beschreibung der Entwicklung innerhalb der SPD teilte E. Bahr mit, dass eine Entscheidung getroffen wurde, O. Lafontaine zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bewegung der BRD zu machen. Dieses würde in zwei Phasen geschehen. In Kürze wird Lafontaine zum Kanzlerkandidaten ernannt, und ungefähr in der zweiten Jahreshälfte 1988 ersetzt er W. Brandt als Parteivorsitzenden. Die prinzipielle Absprache darüber habe im allerengsten Kreis stattgefunden.

2. Bericht vom 25. Februar 1987 über die Situation in West-Deutschland von Vadim Zagladin, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung der KPdSU.

Der Bericht basiert auf Zagladins Eindrücken aus seinen letzten Gesprächen mit verschiedenen politischen Akteuren in West-Deutschland, einschließlich Lafontaine und vielen

anderen Sozialdemokraten.

Unter anderem beschreibt Zagladin den geheimen Plan, Lafontaine zum Parteivorsitzenden zu machen. Er erwähnt auch, dass die eher dem rechten Flügel angehörenden Sozialdemokraten diesen Kandidaten nicht akzeptieren würden.

(GF-Archiv, Bestd. 2-1)

25. Februar 1987

V. Zagladin

Auskunft. Einige Vorstellungen zur Situation in der BRD und zu Schlussfolgerungen für unsere Politik

1. Es hat sich ergeben, dass ich im letzten halben Jahr zwei Mal in der BRD sein musste: Im Oktober mit einer parlamentarischen Delegation und jetzt, im Februar, im Zusammenhang mit dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU.

Wie O. Lafontaine erzählte, wächst innerhalb der Freien Demokraten, trotz ihrer vollen Entschiedenheit, die Koalition mit der CDU/CSU fortzusetzen, das Interesse an einer Erneuerung hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.

Schließlich sind die Sozialdemokraten durchaus nicht geneigt, den Umfang ihrer Verluste zu überschätzen und diese sind tatsächlich nicht sehr groß. In den Worten Brandts hat die Partei ihre Kraft bewahrt. Jetzt beginnt dort ein Prozess des Wechsels der Führungsgeneration. Laut den Worten der Sozialdemokraten selbst wird sich die Situation in der nächsten Zeit wie folgt darstellen: In das Amt des Parteivorsitzenden wird nach Brandt der jetzige Vorsitzende der Parlamentsfraktion der SPD, Vogel, gewählt. O. Lafontaine wird stellvertretender Vorsitzender, um dann in der Folge in das Amt des Vorsitzenden zu wechseln, d.h. Kanzlerkandidat der SPD zu werden. Allerdings äußern auch einige Vertreter der Sozialdemokraten Zweifel daran, dass dieser Plan umgesetzt wird, da der rechte Flügel der sozialdemokratischen Partei die Kandidatur Lafontaines nicht akzeptiert.

(V. Zagladin) ... Februar 1987

3. Zagladins Bericht über sein Gespräch mit Bahr im Mai 1987.

Bahr sagt Zagladin, dass Vogel beim Parteikongress am 14. Juli zum Parteivorsitzenden und Lafontaine zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt werde. (was Phase 1 des Plans zur Beförderung von Lafontaine wie zuvor beschrieben entspricht)

Siehe Datei Lafontaine-3.pdf, Seite 1, Punkt 2, Absatz 1.

(GF-Archiv, Bestd. 3-1)

4. Mitschrift des Treffens von Gorbatschow mit Honecker am 28. September 1988.

Honecker erwähnt, dass Ostdeutsche vor kurzem Kontakte mit Lafontaine, B. Engholm und Gerhard Schröder hatten, welche sagten, die Sozialdemokraten könnten in der Lage sein, die Wahlen 1991 zu gewinnen.

(GF-Archiv, Bestd. 1-1)

Mitschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, E. Honecker (in großer Besetzung)

28. September 1988

E. Honecker: Nach Aussagen der Sozialdemokraten O. Lafontaine, B. Engholm und G. Schröder, mit denen wir in der letzten Zeit im Gespräch waren, kann die SPD, wenn es in nächster Zeit zu einer Konjunkturabschwächung kommt, mit einem Sieg bei den Bundestagswahlen 1991 rechnen, in einer Koalition entweder mit den Grünen oder mit der FDP.

5. Bericht von Zagladin (der zu dieser Zeit Gorbatschows Berater geworden war) über seine Gespräche mit einem PDS-Funktionär namens Dernberg am 30. Januar 1990.

Dernberg beschreibt ausführlich die Situation in der PDS unter der Führung von Gysi (Punkt 1).

Dann redet er über ihre möglichen zukünftigen Verbündeten, die Bauernpartei und die Sozialdemokraten (Punkt 2). Hinsichtlich der letzteren beklagt er, dass derzeit deren Kooperation mit den Kommunisten erheblich abnehme, wobei die meisten Sozialdemokraten die Kontakte abgebrochen hätten. Die erfreulichen Ausnahmen, sagt er, seien Bahr und Lafontaine.

(GF-Archiv, Bestd. 3-1)

Über das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Komitees für europäische Zusammenarbeit und Kooperation der DDR, Professor S. Dernberg [30.01.90]

Ich traf S. Dernberg am 30. Januar 1990. Abgesehen von den Aufgaben der Durchführung einer gesamteuropäischen Tagung zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit (Ende Februar) wurden im Laufe des Gesprächs Fragen der aktuellen Situation in der DDR erörtert. Aus den vom Gesprächspartner geäußerten Vorstellungen sind die folgenden von Interesse.

1. Die Lage in der Partei SED-PDS stellt sich S. Dernberg (er war Delegierter des außerordentlichen Parteitags und Mitglied von dessen Redaktionskommission) als schwierig, jedoch nicht hoffnungslos dar.

Obwohl viele Parteimitglieder die Partei verlassen haben (leider handelt es sich hierbei in der Mehrheit um Arbeiter) hätten sich bei weitem nicht alle Ausgetretenen von ihrer Idee, von der Idee des Sozialismus, losgesagt. Sie seien aufgrund der in ihren Kollektiven entstandenen Situation ausgetreten, in welcher die Partei als bankrott wahrgenommen wird, seien jedoch bereit, sie zu unterstützen, wenn sie sich als präsent und stark erweise.

Die Möglichkeiten der Partei würden durch die traditionelle Demonstration am Gedenktag für K. Liebknecht und R. Luxemburg belegt. Sie sehr beeindruckend gewesen und habe gezeigt, dass die Menschen in vielerlei Hinsicht noch an die Partei und ihre Ideen glauben, sie müsste jedoch überzeugend ihre Lebensfähigkeit unter Beweis stellen.

Leider, führte Dernberg weiter aus, gäbe es solche Beweise bis jetzt nicht. Die Führung der Partei sei verwirrt. Sie beschäftige sich mit Kleinkram; eine lange Zeit seien Fragen wie die folgenden diskutiert worden: Soll es ein Parteiabzeichen geben oder nicht, wie ist die eine oder andere Abteilung neu zu organisieren usw. Währenddessen erwarteten die Menschen eine deutliche politische Linie und klare Orientierung. Deutsche seien (eben) Deutsche.

G. Gysi sei ein guter Kommunist, sagte der Gesprächspartner, (er sei) ein kluger Mann, jedoch ein schwacher und vor allem unerfahrener Politiker. Er verteidige die Partei und bestünde auf deren Erhalt. Aber welche Argumente äußere er? In der Partei (und mitunter auch in größeren Foren) wiederhole er: Wenn die SED-PDS zerfällt, zerfällt alles und dies füge der Perestroika in der UdSSR einen nicht zu behebenden Schaden zu. Ich, sagte Dernberg, glaube nicht, dass selbst wenn bei uns alles zerfiele, die Perestroika in der UdSSR zu existieren aufhören würde. Das Wichtigste ist jedoch etwas anderes: Auf das deutsche Publikum wirkt dieses Argument nicht. Gleichzeitig kann man viele Argumente zugunsten der Partei, ihres Kampfes, ihrer Tätigkeit zur Verteidigung der Interessen des Volkes anführen.

Die Bevölkerung der DDR sei derzeit von Euphorie erfasst. Diese glaube, dass alle reich würden, wenn die Westmark morgen zur Währung der DDR würde. Diese Illusion müsse man zerschlagen. Und das Material dafür liefere die westdeutsche Presse. So würde beispielsweise dort direkt beschrieben, wie viel die Einwohner der DDR durch die Wiedervereinigung in

sozialer Hinsicht verlören und wie schwer es den Menschen fallen würde, die politischen Gewohnheiten abzulegen. Mitunter würde direkt gesagt, die Ostdeutschen würden zu unseren Bediensteten usw.

Einige Äußerungen G. Gysis hätten inhaltlich einen demobilisierenden Charakter. So habe dieser zum Beispiel wiederholt gesagt: Wir gehen in die Opposition. Wofür solle man aber die Partei frühzeitig auf einen solchen Ausgang einstimmen? Sei es nicht besser, über die Bereitschaft der erneuerten Partei zu sprechen, mit all jenen Kräften zusammen zu arbeiten, die eine Erneuerung des Landes anstreben?

Das Wichtigste sei jedoch, dass ein positives Programm benötigt werde, welches die neuen Bedingungen berücksichtige. Ein solches fehle aber. Und ein solches werde bisher auch nicht erarbeitet. Zum Glück, ergänzte Dernberg, hätten die anderen bisher ebenfalls keine klaren und attraktiven Programme, auch nicht die Sozialdemokraten. Man dürfe jedoch nicht warten, bis (die anderen) solche (Programme) erarbeitet hätten.

Natürlich sei es nicht leicht, derzeit ein für das Volk attraktives Programm der SED-PDS zu erstellen, es gebe jedoch denkende Menschen und diese könnten diese Arbeit leisten. Die Führung der Partei müsse diese nur dazu bewegen.

Nach Ansicht von S. Dernberg könne sich G. Gysi nicht lange im Amt des Parteivorsitzenden halten. Er sei zu schwach dafür. Echte Autorität genieße H. Modrow, dieser sei jedoch in der Regierung beschäftigt und könne diese zur Zeit nicht verlassen, dies sei ein realer Hebel zur Kontrolle über die Lage, wenn auch nicht so, wie dies wünschenswert sei. In Zukunft könne Modrow jedoch, wenn es ihm nicht gelänge, den Vorsitz der Regierung zu behalten, zu einem guten Parteivorsitzenden werden.

2. Bei seinen Äußerungen über die anderen politischen Kräfte stellte Dernberg zwei von diesen heraus.

Die Bauernpartei habe sich trotz ihrer geringen Größe als die beständigste erwiesen. Sie habe die geringste Zahl an Mitgliedern verloren und als Vorsitzenden die gleiche Person wieder gewählt, die dieses Amt schon viele Jahre innegehabt habe. Die Partei hielte sich ziemlich beständig an ihre Positionen, welche eigentlich sozialistisch seien. In vielerlei Hinsicht habe dies damit zu tun, dass W. Ulbricht in der Bauernfrage seinerzeit eine flexible Politik betrieben habe, die Vielfalt der Eigentumsformen und ein flexibles System vielfältiger Kooperativen erhalten habe.

Nun würden sich die Bauern fragen, was mit ihnen im Falle der Wiedervereinigung geschehen würde. Die BRD habe ein enormes Lebensmittelüberangebot, die Produktionskosten seien dort geringer und die Produktivität größer. Es scheine, dass die Bauernschaft der DDR zum Untergang verurteilt sei. Dies würde Angst machen. Und die Partei halte sich.

Weiter sprach S. Dernberg über die Sozialdemokraten. Die Partei sei bisher nicht groß, hätte aber Einfluss. Ihr Programm sei (im allerersten Entwurf) nicht schlecht. Sie genösse die aktive Unterstützung der SPD, W. Brandt sei zu ihrem Ehrenvorsitzenden gewählt worden.

Natürlich, fügte der Gesprächspartner weiter aus, würden die Sozialdemokraten in der DDR derzeit schalten und walten, als seien sie zuhause (übrigens betrieben derzeit alle Parteien der BRD ihre eigene Wahlkampagne in der DDR). Die Positionen der SPD seien jedoch trotzdem vernünftiger als die der anderen. Sie hätte es mit der Wiedervereinigung nicht eilig. Das Wichtigste sei jedoch, dass eine starke Sozialdemokratie in der zukünftigen DDR immer noch am erstrebenswertesten sei, wenn man vor dieser Wahl stünde.

Wir ernten, sagte Dernberg, derzeit die Früchte des Sektierertums der dreißiger Jahre und der darauf folgenden Jahre. Nirgendwo sei der „Krieg“ zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten so geführt worden wie in Deutschland. In den letzten Jahren seien zwar Kontakte hergestellt worden, jetzt würden diese jedoch stark abgeschwächt: Die Sozialdemokraten hätten ihr „Steckenpferd“ gefunden. Dennoch gäbe es immer noch Kontakte. Bahr und



Lafontaine würden diese unterstützen. Für die Zukunft dürfe die Möglichkeit von Kontakten und sogar eine parlamentarische Zusammenarbeit jedoch nicht ausgeschlossen werden. Dafür sei aber notwendig, dass aus ihrer Sicht die größte Gefahr von rechts käme und aus Sicht von uns Kommunisten nicht die Sozialdemokraten unsere Hauptfeinde seien

Überhaupt, meinte der Gesprächspartner, müsse man den Dialog fortsetzen. „Das alte Modell des Sozialismus bei uns in der DDR hat sich kompromittiert (wenn es auch viel Gutes in ihm gab).“ Man müsse ein neues finden und dies offenbar auf dem Weg von Reformen. Genau einen solchen reformerischen Weg habe jedoch die SPD gewählt. „Und bis auf weiteres müssen wir versuchen, den Erhalt von einigen der Errungenschaften der Vergangenheit zu erreichen“ (nach Angabe von Dernberg meint Böhme, dass dies eine wichtige Aufgabe sei), „oder negative Veränderungen im Falle der Wiedervereinigung abzubremsen“.

S. Dernberg selbst habe im Komitee für europäische Zusammenarbeit eine Reihe einflussreicher Sozialdemokraten (einer von ihnen solle Minister ohne Ressort werden) und werde den Dialog mit ihnen fortsetzen.

S. Dernberg ist ein vernünftiger Mann und zuverlässiger guter Kommunist. Seine Ansichten verdienen Beachtung.

... Januar 1990

(V. Zagladin)

6. Zagladins Bericht über seine Gespräche mit einem Vertreter der französischen Botschaft am 21. Juni 1990

Gegenstand der Erörterungen war die Schadensbegrenzung hinsichtlich der unausweichlichen Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO. Der Schlüssel hierzu sei die Transformation der NATO selbst und deren engere Zusammenarbeit mit dem Ostblock.

Mitterrand ist laut diesem Mann sicher, dass Lafontaines Politik zu allen diesen Themen sehr anders wäre, wenn er an die Macht käme, als dies bei Kohl der Fall ist. Deshalb unterhalte Mitterrand enge Verbindungen mit Lafontaine. Aus irgendeinem Grund wird die letzte Information unter der Bedingung strenger Vertraulichkeit weitergegeben.

(GF-Archiv, Bestd. 3-1)

Über einige außenpolitischen Fragen, welche vom Botschaftsrat Frankreichs, M. Duclos<sup>3</sup> am 21. Juni 1990 erörtert wurden.

21.06.1990

Während des Gesprächs am 21. Juni erörterte der Botschaftsrat für politische Fragen der Botschaft Frankreichs (vom Elysée nach Moskau abgeordnet) einige außenpolitische Fragen.

1. Die Möglichkeit der Erreichung eines Kompromisses über externe Aspekte der Wiedervereinigung Deutschlands.

Laut M. Duclos geht man in Frankreich davon aus, dass der notwendige Kompromiss über die externen Aspekte der Wiedervereinigung Deutschlands wohl kaum vor Ende des Jahres erreicht werden kann. Andererseits ist man in Paris der Ansicht, dass bis zum Gipfel der 35, d.h. zum Dezember, die notwendige Lösung gefunden werden muss. Die Möglichkeiten eines Kompromisses kristallisieren sich, wenn auch langsam, heraus. Allerdings gibt es laut den in Paris vorliegenden Informationen noch viele Schwierigkeiten.

Es ist verständlich, dass Veränderungen in der Beschaffenheit der zwei militärischen Bündnisse eine große Bedeutung haben. Was den Warschauer Pakt angeht, haben hier die Veränderungen bereits begonnen, aber natürlich wird der Westen aufmerksam beobachten, wie diese praktisch umgesetzt werden. Insbesondere wird darauf geachtet, ob eine militärische

Funktion des Pakts bestehen bleibt oder ob er, wie dies die Ungarn fordern, ein rein politisches Gremium wird.

Hinsichtlich des Atlantischen Bündnisses wünscht Frankreich wesentliche Änderungen der Funktionen, vor allem eine radikale Einschränkung der militärischen Aspekte der Bündnistätigkeit. Allerdings begriff F. Mitterand, als er entsprechende Vorstellungen bei einem Treffen mit Bush äußerte, dass seine Position nicht sehr stark ist, da Frankreich nicht Mitglied der militärischen Organisation der NATO ist.

Nach Ansicht von M. Duclos sollten wir keine zu großen Hoffnungen auf die bevorstehende Sitzung des NATO-Rates hegen. Es gebe zwar Bestrebungen, die Tätigkeit des Bündnisses zu ändern, diese würden aber wohl kaum über das hinausgehen, was bereits bei der Tagung der Minister in Schottland vorgeschlagen wurde. In den USA ist man zu bestimmten Zugeständnissen bereit, dort hätte sich aber die Überzeugung zu sehr verfestigt, dass die NATO der einzige zuverlässige „Anker“ der amerikanischen Präsenz in Europa sei.

Nach Angaben von Duclos wollen die Amerikaner die Doktrin der „Flexible Response“ als „Gefäß“ erhalten, der Inhalt dieses „Gefäßes“ würde sich jedoch tendenziell für uns vorteilhaft verändern. In Paris, fuhr der Gesprächspartner fort, frage man sich, warum man überhaupt diese Doktrin beibehalten wolle. Schon jetzt sei ihre Existenz nicht mehr gerechtfertigt. Diese Meinung wird geäußert werden, aber es sei unklar, ob sie Unterstützung finden wird.

Vieles hänge von der Position der BRD ab. Die USA würden jetzt großes Gewicht auf eine enge Beziehung zu Kohl legen, auf eine Art Bündnis mit ihm. Allerdings sei zu fragen, ob die Amerikaner hier nicht einen Fehler machten. Nach Meinung von Duclos würde sogar Kohl selbst nach den Wahlen und der Vereinigung Deutschlands eine andere und im Wesentlichen unabhängige Politik verfolgen. Und das Bild würde sich vollkommen ändern, wenn nicht Kohl, sondern zum Beispiel Lafontaine an die Macht käme. Vertraulich teilte der Gesprächspartner mit, dass F. Mitterand ständigen Kontakt zu Lafontaine unterhalte, wenngleich diese „weltanschaulich gesehen überhaupt nicht eng verwandte Politiker“ seien.

Die Verabschiedung irgendeines Dokuments über die Beziehungen zwischen den beiden Bündnissen hält man in Frankreich für eine überaus realistische Möglichkeit, wie auch die Herausbildung gemeinsamer europäischer Strukturen.

Aber, fragte der Gesprächspartner, wird all dies jene Ergebnisse bringen, welche die Sowjetunion benötigt, um der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zuzustimmen? Diese Frage sei umso aktueller, insofern die „innere Opposition“ in Moskau ihre Unzufriedenheit mit den um Deutschland herum stattfindenden Prozessen klar äußert.

22. Juni 1990

(V. Zag ladin)

7. 20. September 1990, Eintrag aus dem Tagebuch von Anatolij Tschernjajew, Gorbatschows wichtigstem Berater für internationale Angelegenheiten.

Tschernjajew kritisiert die anstehende Begegnung Gorbatschows mit Lafontaine als „doppeltes Spiel“ gegenüber Kohl.

20. September 1990

Heute habe ich den ganzen Tag Materialien für das morgen stattfindende Treffen von M. S.<sup>4</sup> mit Lafontaine vorbereitet: Einige Monate, insbesondere in der letzten Zeit, habe ich mich dagegen gewandt, dass er ihn empfängt. Wir brauchen dieses doppelte Spiel nicht. Selbst wenn er (mit Unterstützung Genschers) Kanzler wird, wird er gezwungen sein (ganz gleich, wie sehr er über uns verärgert wäre), das Gleiche zu tun, was Kohl tut: die Vereinigung Deutschlands.

Aber der Lobbyismus von Falin & Co, der sozialdemokratischen Freunde von M. S., zu denen sich sogar Kwizinski gesellt hat, hat die Überhand gewonnen: M. S. wird Lafontaine empfangen. Und ich habe mir hier das Hirn darüber zermartert, damit das „Gastmahl“ mit Kohl nicht in der wichtigsten Phase des Übergangs zu einem vereinten Deutschland verdorben wird.

Und außerdem muss man noch die Ergebnisse des Gesprächs für die Presse „adaptieren“: M. S. könnte sich verplappern.

8. Mitschrift der Begegnung von Gorbatschow mit Lafontaine am 21. September 1990  
Das wichtigste Dokument über Lafontaine.

Eine faszinierende Diskussion über die Rettung des Sozialismus, die europäische Integration und die Wiedervereinigung Deutschlands. Letztere wird erörtert mit dem Schwerpunkt der Verhinderung einer etwaigen „Entkommunisierung“. Zum Beispiel spricht Lafontaine sehr freundlich über Honecker und bittet Gorbatschow, sich für diesen bei Kohl einzusetzen.

Das Dokument ist zu lang, um die Einzelheiten zu beschreiben, ich empfehle jedoch ausdrücklich, dass Sie dieses übersetzen.

(GF-Archiv, Bestd. 1-1)

Mitschrift des Gesprächs von M. S. Gorbatschow mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Oskar Lafontaine.

21. September 1990

M. S. Gorbatschow: Ich betrachte die heutige Begegnung als eine Fortsetzung der einzigartigen Beziehungen unserer Parteien miteinander. Ich glaube nicht, dass deren Bedeutung mit der Zeit abnehmen wird. Im Zusammenhang der Geschehnisse lastet auf uns die gemeinsame Verantwortung für den Erhalt der sozialistischen Idee, und zwar nicht irgendwo „in einem Keller“, sondern als deren Umsetzung.

Viele möchten jetzt die Geschehnisse in Osteuropa und in der Sowjetunion als Bankrott der sozialistischen Idee darstellen. Ich vertrete eine andere Ansicht: Zusammengebrochen ist die utopische, voluntaristische, aufgezwungene Version der Umsetzung dieser Idee. Wir begreifen die Perspektive der Bewegung im Rahmen der sozialistischen Entscheidung, im Kontext der menschlichen Zivilisation, wobei wir uns vom Modell der in zwei Lager aufgeteilten Welt verabschieden.

Ich begrüße Ihre Mission sowohl im Kontext der Geschehnisse in Deutschland, wie auch hinsichtlich der sowjetisch-deutschen Beziehungen. Die zentrale Idee aller Verhandlungen mit der deutschen Führung bestand darin, dass unsere beiden Völker, unsere Länder, nicht im Gegensatz zueinander stehen dürfen, sondern kooperieren müssen. Ich bin überzeugt, dass das gesamte Spektrum der politischen Kräfte sowohl in Deutschland, als auch bei uns, diese Ansicht teilt.

Die jetzt stattfindende Wende ist sehr umfassend. Nicht alles geschieht in der Praxis so, wie es gedacht war. Wichtig ist, dass wir die Nachkriegsjahrzehnte nicht umsonst erlebt haben. Der Prozess der Erneuerung der sowjetisch-deutschen Beziehungen läuft auf Grundlage jener Wurzeln ab, welche sie seit langer Zeit genährt haben. In einem Wort, ich erkenne die Logik und die Perspektiven Ihres Besuchs in Moskau.

Vor der jetzigen sowjetischen Führung und Gorbatschow persönlich steht eine nicht leichte Aufgabe. Gerade eben wurde von der Tribüne herab noch aufgezählt, was Gorbatschow zu zerstören gelungen ist: Die KPdSU, den Sozialismus, die Sowjetunion, Osteuropa, den Marxismus-Leninismus. Was noch?

V. M. Falin: Den proletarischen Internationalismus. Auch die Armee wurde noch genannt.

M. S. Gorbatschow: Man darf nichts unterschätzen. Wir befinden uns im Übergang aus einer Epoche in eine andere. Das Schicksal hat es so gefügt, dass die jetzige Führung als Initiatorin der

Perestroika in deren Zentrum steht. Ich bleibe Anhänger der sozialistischen Idee. Dies ist meine innere Überzeugung, ihre Substanz. Als Demokrat trete ich ein für soziale Gerechtigkeit, für Ordnung<sup>5</sup>, für nicht vom Menschen entfremdete Arbeit, für friedliebende Politik und internationale Zusammenarbeit.

Der gesamte Prozess der Reformen in der Gesellschaft geschieht unter Einwirkung eben dieser Überzeugungen. Ich glaube, dass keine einzige Nation, kein einziges Volk eine so schwierige Geschichte erlebt hat. Wenn all jenes, was geschieht, nur von Gorbatschow und seinen Kollegen ausgedacht worden wäre, wäre dies eine wahre Vergewaltigung der Realität im eigenen Lande und außerhalb.

Wir alle - die UdSSR, Europa, die Welt - kommen zu der Einsicht, dass es unausweichlich ist, das Leben umzubauen<sup>6</sup>. In unserer Geschichte hatte sich Folgendes eingebürgert: Politische Gegner sind zu vernichten, und zwar nicht politisch, sondern physisch. Seit schon sechs Jahren bewegen wir uns in diesem Land voran im Rahmen eines demokratischen politischen Prozesses.

Übrigens sind die Deutschen ebenfalls fähig, politische Probleme zu lösen. Es scheint, dass es bei Ihnen in der letzten Zeit mehr Demokratie gibt.

O. Lafontaine: Wir danken Ihnen, dass Sie trotz Ihrer vielen Aufgaben die Möglichkeit gefunden haben, sich mit uns zu treffen. Ich möchte auch für das danken, was Sie für die deutsche Einheit getan haben. Es ist kein Geheimnis, dass dank Ihrer Politik die entscheidenden Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Danke auch für den aufmunternden Brief, welchen ich nach der Niederlage erhalten habe. Solche Gesten sind in schweren Zeiten sehr hilfreich.

M. S. Gorbatschow: Wir waren erschüttert durch diese Nachricht.

O. Lafontaine: Ich möchte den Dialog über die sozialistische Idee fortführen. Im Laufe der Zeit transformiert sie sich, der Hauptsinn und die Ziele sind jedoch unverändert geblieben. Als wir auf dem letzten Parteitag der SPD das neue Programm verabschiedet haben - ich habe die Redaktionskommission geleitet - haben wir vieles verändert, haben uns aber von den Zielen nicht losgesagt.

M. S. Gorbatschow: Mir ist dieses Programm bekannt, ich habe bereits den Entwurf gelesen.

O. Lafontaine: In ihm wurde ein neuer Arbeitsbegriff eingeführt. Er wird neu gefasst, umfassender, und beinhaltet nicht nur die Industriearbeiter, sondern sämtliche bezahlte Lohnarbeit. Dafür haben wir es ordentlich mit den Gewerkschaften zu tun bekommen.

M. S. Gorbatschow: Wahrscheinlich von den Metallern und Bergleuten. Aber natürlich, wenn man die Informatik, die Hochtechnologie nimmt, ist es schwierig, eine Trennlinie zwischen Arbeitern, Installateuren, Ingenieuren und Technikern zu ziehen.

O. Lafontaine: Hier kann man das beobachten, was man als Denkverweigerung definieren kann. Marx hat bemerkt, dass die Traditionen früherer Generationen die nachfolgenden belasten. Der kürzlich verstorbene Soziologe Norbert Elias hat eine Idee ausgearbeitet, laut derer die Wirklichkeit immer die Bewusstseinsentwicklung überholt. Zurzeit kann man besonders starke Impulse beobachten, Stöße in Richtung einer Integration, und die Nationen müssen lernen, neu zu denken. In Deutschland findet ebenfalls eine Perestroika statt, wenn diese auch anders als jene bei Ihnen geartet ist.

In ihrem Verlauf stoßen wir auf große Probleme. Wichtig ist, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Der Prozess der europäischen Integration muss im Rahmen der OSZE gemeinsam mit der Sowjetunion ablaufen.

M. S. GORBATSCHOW: Ich bin völlig einverstanden. Offenbar befürchten Sie, dass ich dies auf irgendeiner Etappe vergessen habe. Lassen Sie mich erläutern: Ich war Befürworter einer langsameren Vereinigung. Aber Sie haben das intern nicht hinbekommen. Es gab viel Spontaneität. Wir mußten eine Wahl treffen, und diese Wahl war nicht leicht. Da nicht alles kanalisiert werden konnte, mussten wir eine Entscheidung zugunsten einer Wendung des gesamten Prozesses auf internationaler Ebene treffen. Bei allen Wechselfällen verläuft der

Prozess der deutschen Vereinigung in der Hauptrichtung des europäischen Prozesses und beschleunigt diesen mitunter sogar; er führt die Beziehungen zwischen unseren Völkern in eine neue Phase. Unsere Politik als Ganzes bleibt unverändert, was den gesamteuropäischen Kontext angeht.

In der ersten Phase wurde viel erreicht, allerdings möchte ein heranwachsender Organismus vielleicht nicht nur den Kopf bewegen, sondern auch die Muskeln. Allerdings hoffe ich, dass die Deutschen (heute) anders sind und auch das internationale Umfeld sich verändert hat. Sie verstehen gewiss, dass in unserer Gesellschaft sehr aufmerksam beobachtet wird, was die Deutschen tun und wie es ihnen geht.

O. Lafontaine: Seinerzeit wurde ein Buch mit dem Titel „Die verspätete Nation“ veröffentlicht. Laut diesem Buch würden die Deutschen eine einheitliche Nation zu einem Zeitpunkt bilden, zu dem die Europäische Gemeinschaft immer umfassendere Kompetenzen erwirbt, welche die nationalen Grenzen im herkömmlichen Sinne auflösen. Wir setzen auf den europäischen Einigungsprozess, auf die Bildung einer europäischen Gemeinschaft unter Beteiligung von Osteuropa und der Sowjetunion. Hier ergeben sich widersprüchliche Überlegungen. Zum Beispiel wurde vor kurzem der Vorschlag gemacht, Deutschland solle zum ständigen Mitglied des Sicherheitsrates der UNO werden. Aber vielleicht wäre es besser, wenn die EU einen solchen Status erwürbe?

M. S. Gorbatschow: Und was sagen Frankreich und Großbritannien dazu?

O. Lafontaine: Man soll auch dort ruhig die eigene Rolle neu überdenken. Besonders schwer wird dies den Engländern fallen, aber auch den Franzosen.

H. Ehmke: Interessant ist, dass Genscher in seiner Antwort auf Andreotti gleich lautenden Vorschlag ebenfalls vorgeschlagen hat, dass dieser erneut mit Paris und London sprechen solle.

O. Lafontaine: Ungeachtet des Widerstands schreitet der Prozess der europäischen Integration fort. Offensichtlich geht es hier auch um die Frage eines Generationenwechsels.

M. S. Gorbatschow: Ihre Entscheidung ist getroffen, in Richtung europäischer Gemeinsamkeit. Die Welt verändert sich sehr und es ist gut, dass sich der Prozess des Umdenkens auch in den USA beschleunigt hat.

Stellen Sie sich vor, die persische Krise<sup>7</sup> hätte vor sieben Jahren stattgefunden. Die Amerikaner hätten sich schnell darum gekümmert, in dem bekannten imperialen Polizisten-Stil Ordnung herzustellen: so wie sie Panama und Grenada „platt gemacht“ haben.

Auch solche Stimmungen gibt es in Amerika. Für Präsident Bush ist es nicht leicht, die aktuelle Linie unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinung durchzuhalten. Der Allerhöchste hat es so gefügt, dass die neuen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in ihrer allerersten Phase bereits einer schweren Prüfung ausgesetzt waren. Die für erstarrt gehaltene UNO wurde plötzlich aktiviert. Diese Institution hat gewissermaßen auf ihre Stunde gewartet. Ich habe den Amerikanern öfter gesagt, dass nicht nur wir selbst die Perestroika in der UdSSR brauchen, sondern auch die Amerikaner, und zwar nicht weniger. Veränderungen sind auch in den USA in Gang gekommen, man hat bereits angefangen, von einer eigenen Perestroika zu sprechen.

Was derzeit in Europa geschieht, sowohl in Osteuropa, als auch in Westeuropa, bestimmt die weitere Entwicklung außerhalb unseres Kontinents. Die Erfahrung, das intellektuelle Potential, die historischen Wurzeln, die politische Kultur Europas können positive Impulse geben. Insbesondere wenn es gelingt, unsere Ressourcen zu vereinigen. Ich bin Russe, Sowjetbürger, und fühle mich immer mehr als Europäer.

O. Lafontaine: Ohne Zweifel hat Ihre Politik vieles in Europa und Amerika verändert. Hierzu muss man nur an den Truppenabzug denken, die Verringerung des militärischen Potentials auf der Westseite, was mit früheren Zeiten nicht vergleichbar ist. Es hat sich eine Persönlichkeit gefunden, welche den Knoten der widersprüchlichen, auf der „paritätischen“ Logik des Denkens

durchschlagen konnte. Bush begreift, dass er vor der öffentlichen Meinung nicht dagegen stehen kann und bemüht sich deshalb um internationale Zusammenarbeit.

M. S. Gorbatschow: Waren Sie vor kurzem in den USA?

O. Lafontaine: Ja, am Vorabend von Helsinki.

M. S. Gorbatschow: Sie haben also Helsinki vorbereitet? Haben zumindest daran teilgenommen...

O. Lafontaine: Hier gibt es auch einen ökonomischen Beweggrund. Die von Reagan durchgeführte Aufrüstungspolitik hat die amerikanische Wirtschaft stark geschädigt. Das Defizit des Staatshaushalts ist dort immer noch sehr groß. Ich möchte unterstreichen, dass auch die Regierung der BRD einen fundamentalen Fehler im Prozess der Vereinigung Deutschlands gemacht hat. Entgegen den Empfehlungen der Experten hat sie sofort die Deutsche Mark auf dem Territorium der DDR eingeführt.

M. S. Gorbatschow: Hier gab es auch politisches Kalkül.

O. Lafontaine: Wie beim Schach garantiert die Richtigkeit der ersten zwei Züge nicht, dass auch der letzte Zug richtig ist. Im Vergleich zu den ursprünglichen Berechnungen haben sich die mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbundenen Ausgaben bereits jetzt als zehn Mal höher herausgestellt. Jedes Jahr müssen über 150 Milliarden Mark, die Hälfte unseres Staatshaushalts, aufgebracht werden. Dabei sind die privaten Investitionen nicht berücksichtigt. Die finanziellen Möglichkeiten der BRD wurden schwer geschädigt.

Als ich in Amerika war, habe ich gesagt, dass uns die Vereinigung mit der DDR um ein Vielfaches teurer zu stehen kommt, als den Amerikanern die Ausgaben im Zusammenhang mit den Geschehnissen um den Persischen Golf.

M. S. Gorbatschow: Zumal dort andere zahlen.

O. Lafontaine: Es wurde ein unrichtiger Wechselkurs für die Mark festgelegt. Das wirkt sich unter anderem auch auf unsere Beziehungen mit Osteuropa und mit Ihnen aus. Der Warenfluss in den Osten wird zu drei Vierteln aus Subventionen finanziert. Zum Beispiel ist als Folge davon der Verkauf eines in der DDR hergestellten Busses nach Ungarn jetzt für die Ungarn vier Mal so teuer wie vorher. Der reale Kurs der West- und Ostmark ist 1 zu 4 und führt zu einem solchen Subventionsumfang.

H. Ehmke: Zum Vergleich: Das gleiche geschieht, wenn Sie Öl zum Weltmarktpreis verkaufen.

M. S. Gorbatschow: Wichtig ist, dass wir in der gegenwärtigen Übergangsphase, welche für unsere beiden Länder charakteristisch ist, enger miteinander zusammenarbeiten. Dies wird sich positiv auf die Dynamik und den Maßstab der Veränderungen auswirken.

In der Sowjetunion sind wir voll und ganz zum Markt übergegangen. Das zeigt sich auch an den heftigen Debatten. Es fehlte noch, dass sich der Premierminister vom Präsidenten lossagt. Wir werden Marktmechanismen einführen, gehen in Richtung Privatisierung. Das letztere bedeutet für uns nicht, dass wir die totale Vorherrschaft des Staatseigentums gegen eine totale Vorherrschaft des Privateigentums eintauschen, sondern bedeutet einen Wechsel des Eigentümers. Wir meinen damit die Entstehung freier Produzentengesellschaften. Die Formen können unterschiedlich sein:

Aktionärs-, Kooperativen- oder Pachtgesellschaften. Die sozialistische Idee verbinden wir auf diese Weise mit dem privaten Interesse der Produzenten. Es stehen Maßnahmen zur Auflösung von Monopolen an, zur Erschaffung neuer Infrastrukturen und wir wollen die Gesetzgebung für ausländische Kapitalinvestitionen verbessern. Vor der Verabschiedung steht ein Gesetz über das Unternehmertum. Es ist offensichtlich, dass wir auch einem Ansatz zur Lösung des Problems der Konvertierbarkeit des Rubels näher kommen, um die Zusammenarbeit auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Ihre Unternehmer können rechnen.

O. Lafontaine: Nicht alle.

M. S. Gorbatschow: Die DDR und die BRD sind unsere wichtigsten Außenhandelspartner.

H. Ehmke: Eine große Bedeutung für die sowjetisch-deutschen Beziehungen wird auch die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den sowjetischen Soldaten in Deutschland während der Übergangsphase haben.

M. S. Gorbatschow: Genscher hat erklärt, dass unsere Truppen zukünftig als Vertreter eines befreundeten Landes angesehen werden. Ich hoffe, dass die Position der Sozialdemokraten zumindest nicht schlechter sein wird. Ich begrüße, dass Herr Ehmke diese außerordentlich wichtige Frage aufwirft. Vieles wird davon abhängen, ob unsere Truppen nicht als Besatzer gesehen werden.

H. Ehmke: Nötig sind direkte Kontakte der Bevölkerung mit den Soldaten und deren Angehörigen. Wir bitten, Ihre Kommandantur über unsere Absichten zu informieren, da die Reaktion mitunter ausgesprochen uneinheitlich ist.

M. S. Gorbatschow: Dies wird geschehen. Darüber hinaus haben wir vereinbart, dass E. A. Schewardnadse während seines bevorstehenden Besuchs bei Ihnen gemeinsam mit Genscher unsere Truppen besucht und ein Zeichen gesetzt wird.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf das Folgende lenken. Wie ich bereits Genscher gesagt habe, hat die westdeutsche Fernsehanstalt ZDF bei Aufnahmen und Interviews mit unseren Soldaten in der DDR und deren Familien provokatorische Sachen zugelassen. Es geht hier um die Stimulierung von Äußerungen unserer Soldaten über die Gewährung politischen Asyls. Natürlich gibt es unterschiedliche Fälle. Aber auch wenn sie vorkommen, darf man keinerlei Spekulationen zulassen.

O. Lafontaine: Ich glaube, dass die allgemeine Stimmung in unserem Land im Zusammenhang mit den Flüchtlingen solchen Aktionen im Wege stehen wird. Die CDU hat große Angst vor einem Anschwellen des Flüchtlingsstroms. Im letzten Jahr sind in die BRD etwa eine Million Menschen eingereist, dieses Jahr werden etwa 600 Tausend erwartet. Die Probleme mit der Unterbringung und den Arbeitsplätzen üben einen starken Druck auf die Auseinandersetzung im Vorwahlkampf aus. Niemand kann sich erlauben, die Menschen zu täuschen.

K.H. Hirsemann: In diesem Fall sind wir wie Sie über das ZDF verärgert.

O. Lafontaine: Die rechtliche Situation in unserem Land ist so, dass die Möglichkeiten einer Ablehnung bei einem Asylantrag sehr eingeschränkt sind. Wir überlegen derzeit, wie wir die Asylgewährung für Bürger solcher Länder ausschließen können, in denen es keine politische Verfolgung gibt.

E. Bahr: Unsererseits könnten wir für Ihre Soldaten und anderen sowjetischen Staatsangehörigen Schulungsprogramme in jenen zivilen Berufen vorschlagen, die Sie benötigen.

M. S. Gorbatschow: Ich unterstütze diese Idee. Im Rahmen des derzeit in Ausarbeitung befindlichen Vertrags über die Aufenthaltsbedingungen der sowjetischen Truppen in Deutschland wird die Lösung vieler konkreter Fragen berücksichtigt.

H. Ehmke: Hier kann man auch mit der Unterstützung durch deutsche Unternehmer rechnen.

O. Lafontaine: Ich würde gern auch die Frage der Aussiedler deutscher Volkszugehöriger aus der UdSSR ansprechen.

M. S. Gorbatschow: Die Frage der sowjetischen Deutschen ist in unserem Blickfeld. Die Einstellung zu ihnen in der Gesellschaft ist nicht schlecht. Man muss nur in einer für beide Seiten annehmbaren Weise das Problem der Autonomie lösen. „Von oben“ gelingt das nicht. Das Territorium des ehemaligen deutschen Autonomiegebiets ist heute dicht besiedelt. Dennoch haben bereits zwei Kreise im Bezirk Uljanow deutsche Übersiedler zu sich eingeladen. Wir rechnen mit einer Initiative „von unten“, sozusagen auf beiderseitiges Einverständnis. Die Sonderkommission des Rates der Nationalitäten des Obersten Sowjets beschäftigt sich ständig mit diesem Problem.

0. Lafontaine: Übrigens können Ihre Soldaten, wenn sie deutscher Abstammung sind, auf Antrag automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und die entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten.

M. S. Gorbatschow: Mir ist Ihr „imperiales“ Gesetz bekannt. (Heiterkeit). Ist der Beschluss zum Berufsverbot bei Ihnen noch in Kraft?

0. Lafontaine: Wo die Sozialdemokraten in den Bundesländern an die Macht kommen, schaffen sie dieses Gesetz ab. So war das im Saarland und in Niedersachsen. Die SPD hat jetzt die Mehrheit im Bundesrat und Kohl kann nicht alles tun, was er möchte.

M. S. Gorbatschow: Vertraulich teile ich Ihnen mit, dass ich einen Brief an Kanzler Kohl geschrieben habe. Ich weise ihn darauf hin, dass Verfolgungen der ehemaligen Mitglieder der SED nicht zugelassen werden dürfen. Wenn dies anfängt, kommt Misstrauen auf, ein Beigeschmack der Vergangenheit. Es liegt auch eine antisowjetische Ausrichtung solcher Tendenzen vor. Wenn wir in die Zukunft schauen, darf so etwas nicht passieren.

E. BÄHR: Sehr gut! Sollen die „Freunde“ in der CDU ruhig etwas nachdenklich werden. Bis heute konnten Mitglieder der Kommunistischen Partei bei uns keine Briefträger werden. Bald können Mitglieder der PDS Offiziere der Bundeswehr werden.

V. M. Falin: Das ist sehr fraglich. Unter den Offizieren der Nationalen Volksarmee werden Fragebögen verteilt, in denen nicht nur die Parteimitgliedschaft abgefragt wird, sondern auch, ob der Befragte mit Mitglieder der SED gemeinsam Sport getrieben habe.

0. Lafontaine: Die Ost-CDU gehörte unter Honecker zur Regierung, und jetzt ist sie nach Ansicht der Regierung der BRD „würdig“, an der neuen Regierung beteiligt zu sein. Mit dieser Partei vereinigt sich die CDU Kohls. Es ist kein Geheimnis, dass die Mitgliedschaft in der SED oder einer anderen Blockpartei in der DDR Voraussetzung für die berufliche Karriere war. Kohl soll sich den anderen Parteien gegenüber wenigstens halb so freundlich verhalten, wie er es gegenüber der ostdeutschen CDU tut.

M. S. Gorbatschow: Wenn wir in dieser Frage eine neutrale Position einnehmen, hätte dies gefährliche Konsequenzen, auch im Zusammenhang damit, dass im Prozess der Pluralisierung unserer Gesellschaft bei einigen ebenfalls der Wunsch nach politischer Revanche aufgetaucht ist.

0. Lafontaine: Es gibt auch ein historisches Argument. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs konnten ehemalige Parteimitglieder der Nazipartei sogar Bundeskanzler werden. Warum haben ehemalige Mitglieder der SED nicht das Recht, Staatsbedienstete zu werden? Ich habe mit Gonzalez über dieses Thema gesprochen. Nach dem Sturz Francos hat man in Spanien nur nach vorn geschaut.

M. S. Gorbatschow: Das ist ein anständiger Ansatz. Man hat mit dem einen abgeschlossen, (nun ist es an der Zeit), vorwärts zu gehen. Und die Franco-Denkmäler haben auch niemanden gestört.

0. Lafontaine: Teilen Sie diese Ihre Meinung Kohl mit.

K.H. Hirsemann: Es wäre wichtig, sich an den Kanzler dahingehend zu wenden, dass er im Sinne des neuen Denkens die Berufsverbote insgesamt im Lande aufhebt. Darum bemühen sich die Sozialdemokraten. Mir ist bewusst, dass dies ein innenpolitischer Prozess ist, allerdings wird Ihre Meinungsäußerung ein besonderes Gewicht haben.

M. S. Gorbatschow: Wir waren eng mit vielen Menschen in der DDR verbunden. Wenn in dieser Frage, vorsichtig ausgedrückt, Verzerrungen wahrgenommen werden und es eine „Hexenjagd“ gibt, wird dies bei uns im Lande einen sehr unvorteilhaften Eindruck machen. Ich glaube nicht, dass Honecker tatsächlich in Missbrauchsfälle verwickelt war. Aus einem solchen Holz ist er nicht geschnitzt. Ich war ja schließlich Augenzeuge dieser ganzen Tragödie. Eine Sache sind politische Fehlkalkulationen, eine andere ist Missbrauch.

0. Lafontaine: Er war einfach sehr alt. Ich habe mich auch oft mit ihm getroffen. Er kommt aus dem antifaschistischen Widerstand. Honecker war mit der Zeit unfähig, frühere Anschauungen



zu überdenken, neue Ideen aufzunehmen. Reden Sie mit Kohl darüber. Wenn wir das tun, fallen alle über uns her.

E. Bahr: Michail Sergejewitsch, was wird aus den Atomwaffen, welche auf dem Territorium der BRD stationiert sind? Es scheint, dass diese Frage außerhalb der Gespräche mit Kohl geblieben ist. Wir wollen auf dem Territorium von ganz Deutschland die erste atomwaffenfreie Zone schaffen.

M. S. Gorbatschow: Diese Frage ist erörtert worden. Übrigens hätte der Verteidigungsminister der DDR Engelmann - und er ist einer der „Ihren“ - dies fast vergessen.

E. Bahr: Ich kann nicht für alles, was er tut, die Verantwortung übernehmen. Wir werden darauf beharren, dass gleichzeitig mit dem Abzug der letzten Einheit von sowjetischen Atomwaffen auch die letzten amerikanischen Atomwaffen abgezogen werden. Bis jetzt sind die Westmächte nur bereit, über die landgestützten Atomwaffen zu reden, aber nicht über die luftgestützten. Dies wäre ein Verstoß gegen das Abkommen über die Mittelstreckenraketen.

M. S. Gorbatschow: Es wurde beiderseitiges Einverständnis dahingehend erreicht, dass nach Abschluss von Wien 1 die Frage der Atomwaffen erörtert wird. Wir und Sie haben hier eine große Übereinstimmung unserer Positionen. Ich habe eine Fernsehreportage über den Abzug amerikanischer Chemiewaffen aus der BRD gesehen. In der Tat sollte man, wenn man in ein Haus hinein geht, daran denken, wie man wieder heraus kommt.

O. Lafontaine: Wir möchten in einem Augenblick, in dem wichtige politische Entscheidungen getroffen werden müssen, Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Wir hoffen auf eine Fortsetzung der Kontakte, vielleicht in unserem Lande. Wann haben Sie vor, nach Deutschland zu kommen?

H. Ehmke: Zu Weihnachten?

M. S. Gorbatschow: Vieles wird davon abhängen, wie sich die Dinge bei uns entwickeln. Wir beabsichtigen, einen „großen“ sowjetisch-deutschen Vertrag zu unterzeichnen. Ich weiß allerdings nicht, wie ich mit Wechseln bezahlen soll. Versprechen wurden viele gemacht, insbesondere von Frankreich, mit dem wir einen umfangreichen Vertrag schließen wollen.

Ich habe mich gefreut, Sie alle hier zu sehen. Ich schätze jenen Dialog, welchen wir mit Ihnen persönlich und auf Parteebene führen, hoch. Wir werden ihn fortsetzen. Grüßen Sie bitte meinen alten Freund Willy Brandt und den Vorsitzenden Vogel. Ich wünsche Ihnen Erfolg. Grüßen Sie auch Kanzler Kohl.

O. Lafontaine: Mit Vergnügen. Noch einmal danke für die Begegnung. Ich überbringe Ihnen Grüße von W. Brandt und H.-J. Vogel und soll Ihnen Erfolg wünschen.

9. Zwei Entwürfe für Gorbatschows Brief an Kohl, in denen er Kohl nachdrücklich auffordert, die Entkommunisierung zu beenden.

Der längere Text ist von Falin erstellt, der kürzere ist das Ergebnis von Tschernjajews Überarbeitung.

Das Dokument wurde hier berücksichtigt, da sowohl die Gorbatschow-Lafontaine-Mitschrift, als auch das Dokument über Gysi, das Ihnen Vladimir bereits geschickt hat, sich auf diesen Brief beziehen.

(GF-Archiv, Bestd. 2-1)

64

24. September 1990

Berichtsnotiz von A. S. Tschernjajew und Entwurf eines Briefs an H. Kohl  
(Deutschland), erstellt von Falin (4 Bl.) und gekürzt von A. S. Tschernjajew (2. Bl.)

(Sehr geehrter) Michail Sergejewitsch!

Ich lege Ihnen den Entwurf eines Briefs an Kohl zum Thema der Verfolgungen in der DDR vor, über den Sie auch mit Lafontaine gesprochen haben. Den ersten Entwurf hat Falin erstellt. Ich habe ihn um mehr als die Hälfte gekürzt, wobei ich redigiert und alle sprachlichen Schnörkel gestrichen habe.

Mit freundlichen Grüßen,  
A.Tschernjajew

24.9.90

An den Bundeskanzler  
Herrn Helmut Kohl  
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
offen gesagt bin ich nach Archys<sup>8</sup> nicht davon ausgegangen, dass sich schon bald danach die Notwendigkeit ergibt, mich an Sie bezüglich einer Frage zu wenden, welche, so schien es, durch die Logik eines Schlussstrichs unter die Vergangenheit hätte gelöst sein müssen. Aber ist dieser erreichbar, wenn man die Bilanz aus dem Verhalten und der Politik in einem anderen Staat zieht, welcher nach eigenen Gesetzen funktioniert?

Sie erraten gewiss bereits, dass ich die Beschuldigungen gegen und die bereits begonnenen Verfolgungen von Mitgliedern der SED und von deren Führung im Geiste eines primitiven Antikommunismus meine.

Ich mache mich nicht anheischig zu beurteilen, inwiefern die Zahl von 8 Tausend Menschen richtig ist, welche anscheinend vor Gerichten des Bundes wegen „Landesverrat“, wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und nicht zuletzt wegen „subversiver Tätigkeit zugunsten eines ausländischen Staates“ angeklagt werden sollen. Gibt es einen Menschen, findet sich auch ein Paragraph und aus Archiven kann man bei Bedarf alles Mögliche herausholen.

Als Kinder des „kalten Kriegs“ wissen Sie und ich jedoch, wie viel Unrecht mit diesem auf beiden Seiten einherging. Die Bundesrepublik und die „DDR“ waren hier natürlich keine Ausnahmen.

Anstelle von zwei Gesellschaftssystemen, zwei Souveränitäten, entsteht nun ein Gesellschaftssystem. Aber einigen reicht dies offenbar nicht. Man möchte den ehemaligen Gegner zwingen, den bitteren Kelch bis zur Neige zu trinken.

Was die „Dienste für einen ausländischen Staat“ angeht, wollen wir keine Spiele spielen - es wird auf die Sowjetunion gezielt, wobei deren Beitrag zur Einheit Deutschlands missachtet wird. Die sowjetische Öffentlichkeit und der Oberste Sowjet, der die Ratifizierung noch vor sich hat, beobachten aufmerksam den Verlauf des Vereinigungsprozesses. Diese werden zweifellos nicht die Versuche unerwidert lassen, dasjenige als Verbrechen darzustellen, was bis vor kurzem in der DDR eine Konsequenz der Bündnispflichten war. Ein offenes und selbst ein

verdecktes Predigen des Antisowjetismus und des Antikommunismus lassen sich nicht mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft in Einklang bringen, welchen Sie und ich uns verpflichtet haben.

Aus diesem Grund, Herr Bundeskanzler, möchte ich Sie auffordern eine Möglichkeit zu finden, den Eifer derjenigen abzukühlen, welche nicht abgeneigt sind, den „kalten Krieg“ an der innerdeutschen Front fortzusetzen. Die große historische Wende, welche wir gemeinsam in Gang gebracht haben, muss auch durch zivilen Frieden bei Ihnen zuhause gekrönt werden und darf nicht durch eine „Hexenjagd“ verfinstert werden. Dies (*zu verhindern*)<sup>9</sup> würde Ihnen noch mehr Sympathie und Vertrauen sichern.

Mit freundlichen Grüßen  
M. Gorbatschow  
Präsident der UdSSR

Entwurf

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Helmut Kohl, Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

offen gesagt bin ich nach den ausführlichen Gesprächen in Archys, welche mit so erfreulichen Ergebnissen für Deutschland abgeschlossen wurden und allen konstruktiv denkenden Europäern Hoffnung gemacht haben, nicht davon ausgegangen, dass sich schon bald danach die Notwendigkeit ergibt, mich an Sie bezüglich einer Frage zu wenden, welche, so schien es, durch die Logik der Entwicklung selbst hätte gelöst sein müssen.

Schließlich haben Sie und ich einen Strich unter die Vergangenheit gezogen, um die Gedanken und Energie auf die Erschaffung einer besseren Zukunft zu konzentrieren. Aber ist dieses Ziel erreichbar, ist ein wirkliches Einverständnis in Europa möglich, wenn die Gegner von gestern sich jetzt mit neuer Kraft daran machen herauszufinden, wer sich mehr schuldig gemacht hat, wer und wie jetzt mit Sanktionen zu belegen ist? Gutes ist hier nicht zu erwarten, wenn derartiges auch nur in einem Land geschieht. Noch schlimmer ist dies, wenn dieses Land gerade erst seinen Platz und seine Rolle in der internationalen Gemeinschaft erwirbt.

Nicht umsonst sagt man, dass niemand sich so böseartig und unversöhnlich streitet wie dies Verwandte tun. Wir wissen dies aus eigener Erfahrung, so wie Sie wahrscheinlich auch. Und dennoch gelüstet es viele nach einer Abrechnung. Und in Deutschland hat der eine oder andere damit bereits begonnen und befürchtet nicht, dass ihm die Decke auf den Kopf fällt.

Ich mache mich nicht anheischig zu beurteilen, inwiefern die Zahl von 8 Tausend Menschen richtig ist, welche anscheinend vor Gerichten des Bundes wegen „Landesverrat“, wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und nicht zuletzt wegen „subversiver Tätigkeit zugunsten eines ausländischen Staates“ angeklagt werden sollen. Gibt es einen Menschen, findet sich auch ein Paragraph und aus Archiven kann man bei Bedarf alles Mögliche herausholen. Und zwar, möchte ich anmerken, aus beliebigen Archiven, auch denen des Bundes. Möge das Schicksal Ihnen gnädig sein.

Als Kinder des „kalten Kriegs“ wissen Sie und ich jedoch, wie viel Unrechtes mit diesem auf beiden Seiten einherging. Die Bundesrepublik und die „DDR“ waren hier natürlich keine Ausnahmen. Mehr noch, mit dem den Deutschen eigenen Ehrgeiz und Fleiß wurde hier versucht, andere Beispiele zu übertreffen. Beide Deutschlands lebten jeweils nach ihren

eigenen Gesetzen, welche auf dem gestrigen Niveau des politischen Bewusstseins keinen nationalen Konsens und gute Nachbarschaft erlaubten.

Anstelle von zwei Gesellschaftssystemen, zwei Souveränitäten mit der gesamten zugehörigen Palette staatlicher Institutionen entsteht nun ein Gesellschaftssystem. Genauer gesagt, ein Gesellschaftssystem hat aus verschiedenen Gründen die Überhand über das andere gewonnen. Aber dies reicht ihm offenbar nicht. Man möchte den Gegner als Rache zwingen, den bitteren Kelch bis zur Neige zu trinken.

Ein Abgrund von Kränkungen hat in der Regel überspülte Ufer und Horizonte. Schon haben die Verfolgungen begonnen. Wo und wann enden sie? Die Anschuldigungen gegen Mitglieder der SED und deren Führung entarten leicht in einen primitiven Antikommunismus, in eine erweiterte Spielart des McCarthyismus, welcher seinerzeit auch die BRD nicht verschont hat.

Was die „Dienste für einen ausländischen Staat“ angeht, werden wir keine Spiele spielen - gezielt wird nicht auf die USA, sondern auf die Sowjetunion. In Ihrem Land gibt es nicht wenige, welche überlegen, wie man den Beitrag der UdSSR zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands so schnell wie möglich vergessen machen kann und ihr alle Verfehlungen gegen die „armen Deutschen“ „vorhalten kann.

Wenn sich der Wind so dreht, weiß ich nicht, ob die sowjetischen Menschen gute Worte für jene finden werden, welche die jetzige Wende in der Weltentwicklung ermöglicht haben. Die sowjetische Öffentlichkeit und unser Parlament, welches die Dokumente zum Abschluss der deutschen Regelung erst noch zu ratifizieren hat, beobachten aufmerksam den Verlauf des Vereinigungsprozesses und die damit einhergehenden Ereignisse. Zweifellos werden sie nicht die Versuche unerwidert lassen, dasjenige als Verbrechen darzustellen, was bis vor kurzem in der DDR der Normalfall einer Zusammenarbeit unter Verbündeten und der engen Zusammenarbeit mit der UdSSR war.

Aus nachvollziehbaren Gründen liegen die derzeit auf dem Territorium der „DDR“ stattfindenden Ereignisse nicht in der ausschließlichen Kompetenz ihrer politischen Führer und juristischen Organe. Die ursprünglichen Rechte der UdSSR und die Pflichten der Republik uns gegenüber sind nicht erloschen. Auch dann, wenn der juristische Status Veränderungen erfährt, lässt sich ein offenes und selbst ein verdecktes Predigen des Antisowjetismus und des Antikommunismus weder mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft in Einklang bringen, welchen Sie und ich uns verpflichtet haben, noch mit dem normalen Rechtsbewusstsein.

All dies veranlasst mich, Sie, Herr Bundeskanzler, aufzufordern eine Möglichkeit zu finden, den Eifer derjenigen abzukühlen, welche nicht abgeneigt sind, den „kalten Krieg“ an der innerdeutschen Front fortzusetzen. Zeigen auch Sie Ihre Sorge darum, dass die große historische Wende, welche wir gemeinsam in Gang gebracht haben und welche durch einen zivilen Frieden bei Ihnen zuhause gekrönt werden sollte, nicht durch eine „Hexenjagd“ bei Ihnen zuhause verfinstert wird. Ich möchte meine Hoffnung äußern, dass Sie die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, ein Beispiel für Toleranz und die Fähigkeit zur Großherzigkeit zu geben. Dies würde Ihnen noch mehr Sympathie und Vertrauen sichern.

Mit freundlichen Grüßen  
M. Gorbatschow  
Präsident der UdSSR

10. Resolution des Zentralkomitees der KPdSU vom 18. Oktober 1990 Umreißt die notwendigen Maßnahmen für eine Unterstützung der PDS und Widerstand gegen die Entkommunisierung, einschließlich der Möglichkeit einer Evakuierung einiger früherer

Kollaborateure aus der DDR in die UdSSR.

Siehe Gysi.pdf, Seite 1-4

11. Bericht von N. Portugalov, Internationale Abteilung der KPdSU, an den Stellvertretenden Generalsekretär

Im ersten Teil geht es um Portugalovs vertrauliche Gespräche mit Gysi im März 1991. Gysi war extrem besorgt über die Beschlagnahmung des SED-Archivs. Gysi beschreibt die illegalen Aktivitäten der SED, welche durch Aufzeichnungen im Archiv belegt sind, und schlussfolgert, dass die Veröffentlichung der Dokumente eine „wahre Katastrophe“ wäre. Er bittet die Sowjets, Druck auf Kohl auszuüben und ihn dringend dazu aufzufordern, die Dokumente entweder der PDS zurückzugeben oder das gesamte Archiv zu vernichten.

Im zweiten Teil geht es um Gespräche von Falin (zu diesem Zeitpunkt Leiter der Internationalen Abteilung) mit Markus Wolf im März 1991 in Moskau. Wolf war besorgt über die Verfolgung ehemaliger DDR-Spione, welche in Deutschland auf dem Weg waren. Er sagte, er selbst könne nicht nach Deutschland zurückkehren, da er sofort verhaftet würde.

Die Internationale Abteilung empfiehlt Gorbatschow wieder, zu diesem Thema Druck auf Kohl auszuüben.

Siehe Gysi.pdf, Seite 5-8

Streng geheim  
Entwurf

Resolution des ZK der KPdSU  
über Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verfolgung der Partei  
des demokratischen Sozialismus (DDR)

*[unleserl. handschr. Notiz zum ersten durchgestrichenen Absatz; Anm. d. Übers]*

~~1. -- Eine Kontaktaufnahme des Präsidenten der UdSSR, M. S. Gorbatschow, mit dem Kanzler der BRD, H. Kohl, als zielführend zu beschließen,~~

1 2, In Umsetzung der Resolutionen des XXVIII Parteitags der KPdSU sollen die Ideologische und die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU systematische Veröffentlichungen in der Parteipresse und anderen Massenmedien von Materialien über Fakten der Verfolgung von und Hetzjagd auf ehemalige Mitglieder der SED organisieren, über deren Entlassung vom Arbeitsplatz aus politischen Gründen, und [sollen] solche Schritte als eine Verletzung der demokratischen Prinzipien und Menschenrechte bewerten.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Einleitung von Strafverfahren gegen Personen zu widmen, welche im Staatsdienst der DDR oder der Parteiarbeit beschäftigt waren, mit Anklagen wegen „Landesverrat“ oder sonstiger subversiver Tätigkeit gegen die BRD, insbesondere aus Motiven der Zusammenarbeit mit der UdSSR.

2 -In den Materialien, welche den Gang des deutschen Vereinigungsprozesses beleuchten, ist der Tätigkeit der PDS gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Auf Versuche, die verfassungsmäßigen Rechte dieser Partei einzuschränken und sie ihres rechtmäßigen Eigentums zu berauben ist zu reagieren.

Die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU soll den Erhalt regelmäßiger Informationen von der PDS veranlassen, über Tatsachen der Verfolgung von Parteimitgliedern, sowie von Materialien, welche den antisozialen Charakter von Maßnahmen offenbaren, welche von der westdeutschen Seite im Laufe der Vereinigung durchgeführt werden.

[2 Zeilen handschr. Notiz, unleserl.; Anm. d. Übers.]

167

3 4- Im Auge zu behalten und operativ zu melden sind Versuche, die Lage um die Westliche Heeresgruppe (WHG) zu verschärfen und Stimmung gegen sowjetische Menschen zu machen.

4 5, Vorzusehen ist die Möglichkeit einer Evakuierung von Personen in die Sowjetunion, welche eng mit sowjetischen Organisationen zusammengearbeitet hatten und jetzt zu Objekten einer Hetzjagd und von Verfolgung durch Bonn geworden sind. Hier könnte es sich vor allem um Parteimitarbeiter, Wissenschaftler, Künstler und qualifizierte Organisatoren der Produktion handeln, welche wegen der politischen Unterdrückung ihre Arbeit im wiedervereinigten Deutschland verloren haben. Die notwendigen Maßnahmen für deren Beschäftigung und materielle Versorgung sind einzuleiten.

5 6, Die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU soll die Führung der PDS über die auf Grundlage dieser Resolution eingeleiteten Maßnahmen unterrichten.

Der Sekretär des ZK

P 3/4  
18.10.90

gez. zwei Unterschriften

+++

1Streng geheim

An den stellvertretenden Sekretär des ZK der KPdSU

Gen. W. A. Iwaschko

Sehr geehrter Wladimir Antonowitsch!

Auf Anweisung durch den Sekretär des ZK der KPdSU, Gen. V. M. Falin, berichte ich:

1. Während einer Dienstreise in der BRD vom 7. bis 12. März d. J. habe ich mich mit dem Vorsitzenden der PDS, Gen. Gysi, getroffen, welcher mich bat, das Folgende der Führung der KPdSU vertraulich mitzuteilen.

Die Bundesregierung plant in Kürze im Bundestag einen Gesetzentwurf über die Beschlagnahmung des Archivs der ehemaligen SED bei der PDS und dessen Übernahme ins Staatseigentum einzubringen. In Erwartung der Entscheidung des Bundestags, welcher den genannten Gesetzesentwurf zweifellos verabschiedet wird, wurde das Archiv bereits vorläufig beschlagnahmt.

Das Archiv enthält eine große Menge geheimer Dokumente, deren Veröffentlichung höchst unangenehme Folgen nicht nur für die PDS, sondern auch für die KPdSU hätte. Es geht insbesondere um detaillierte Protokollnotizen praktisch sämtlicher Begegnungen und Gespräche der Führer der SED mit den Führern der kommunistischen und der Arbeiterparteien, insbesondere der KPdSU. (Es geht um) Dokumente im Zusammenhang mit der Tätigkeit illegaler kommunistischer Parteien, welche von der SED (nach Abstimmung mit uns) materiell unterstützt wurden, um die Verantwortung für die finanzielle Unterstützung progressiver Organisationen seitens der SED in der BRD vor der Wiedervereinigung Deutschlands usw.

In den Worten von Gysi wäre die Veröffentlichung des Archivs eine „wahre Katastrophe“. Der Vorsitzende der PDS bitte die sowjetische Führung dringend, „so lange es noch nicht zu spät ist“

Einfluss auf Kanzler Kohl auszuüben, um durch diesen entweder eine Aufhebung der Beschlagnahmung des SED-Archivs, d.h. die Rückgabe an den rechtmäßigen Eigentümer, die PDS, zu erreichen, oder, falls der Kanzler dies nicht für möglich hält, die Vernichtung des Archivs.

G. Gysi äußert diese Bitte<sup>13</sup> zum wiederholten Mal: Anfang dieses Jahres wandte sich die sowjetische Botschaft auf persönliche Weisung M. S. Gorbatschows vertraulich an das Bundeskanzleramt, jedoch ohne Ergebnis. Gysi geht davon aus, dass der einzige Weg zu einer Lösung die Berücksichtigung dieses Themas bei einem Telefongespräch auf höchster Ebene zwischen Moskau und Bonn in nächster Zukunft ist. (Vielleicht wäre es sinnvoll, diese Frage auch im Verlauf des für den 18. März d. J. anstehenden Besuchs des Außenministers der BRD, H.-D. Genscher, im Laufe seines Gesprächs mit M. S. Gorbatschow anzusprechen.)

2 Anfang März d. J. besuchte der ehemalige Leiter des Nachrichtendienstes der DDR (der ehemaligen Ersten Hauptverwaltung des MfS der DDR), Gen. Markus Wolf, die Abteilung. Im Gespräch mit Gen. Falin berichtete Wolf, dass sich „über ihm die Wolken zusammenziehen“: Die deutsche Führung würde unter dem Druck des rechten Flügels der Regierungskoalition nicht von ihrer Absicht Abstand nehmen, gegen ihn ein Strafverfahren einzuleiten. Dies sei insofern rechtswidrig, als die Führung der BRD durch die Anerkennung der ehemaligen DDR im Jahre 1973 auch deren sämtliche staatlichen Funktionen, natürlich einschließlich der Nachrichtentätigkeit, anerkannt habe. Deshalb würden die Kader des ehemaligen Nachrichtendienstes der DDR keiner strafrechtlichen Verfolgung unterliegen, was im Falle Wolfs unstrittig sei. Welche Anschuldigungen auch immer gegen das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR erhoben würden, auf das Personal des Nachrichtendienstes, welches innerhalb dessen Rahmen gehandelt hat, könnten diese sich nicht erstrecken. Mit dem gleichen Erfolg könne man Anschuldigungen gegen die Kader des deutschen Nachrichtendienstes BND wegen deren Tätigkeit auf dem Territorium der ehemaligen DDR erheben.

Da der deutschen Führung bewusst ist, wie wackelig ihre juristischen Positionen sind, bereitet sie auf dem Gebiet des Landes Bayern, wo die reaktionäre Partei CSU an der Macht ist, einen „Schauprozess“ vor, in dessen Verlauf einige Undercover-Agenten des Nachrichtendienstes und eine Gruppe ehemaliger Offiziere und Generale der 1. HU des MfS der DDR vor Gericht kommen werden, welche deren Arbeit geleitet haben. Das Kalkül ist einfach: Ein bayrisches Gericht wird wahrscheinlich nicht nur die Agenten, sondern auch die Offiziere des MfS der DDR der „Mitwirkung an Spionage“ schuldig sprechen. Die Bundesregierung wird alles von ihr Abhängende dafür einsetzen, diesen Prozess so schnell wie möglich durchzuführen, denn auch in der deutschen Öffentlichkeit wächst die Zustimmung zu einer Generalamnestie für die ehemaligen Kader der 1. HU des MfS der DDR.

M. Wolf hält sich derzeit in Moskau auf und widmet sich einer literarischen Tätigkeit. Nach Deutschland kann er nicht zurückkehren, dort würde er sofort verhaftet. Wolf bittet die sowjetische Führung, Einfluss auf Kanzler Kohl zu nehmen, umso mehr, da es auch in dessen unmittelbarer Umgebung Personen gibt, welche sich für eine Generalamnestie aussprechen (zum Beispiel der Minister des Innern, Schäuble).

Wolf und der von ihm geleitete Dienst haben der Sowjetunion über Jahrzehnte unschätzbare Dienste erwiesen. Es ist zu berücksichtigen, dass Wolf ganz von Anfang an den Kurs der Perestroika in der Sowjetunion unterstützt hat und 1985 wegen Meinungsverschiedenheiten mit Honecker in dieser Frage in den Ruhestand gegangen ist.

Unter Berücksichtigung des vorstehend Dargestellten erscheint es sinnvoll, einem unserer treuesten Freunde zu helfen, indem dieses Thema bei dem nächsten Telefongespräch von M. S. Gorbatschow mit H. Kohl zur Sprache gebracht wird.

Abgestimmt mit Gen. V M. Falin.

Berater  
der Internationalen Abteilung  
des ZK der KPdSU gez.

Unterschrift

(N. Portugalov)

13. März 1991

+++

## Fußnoten:

<sup>1</sup>Schreibweise russischer Namen (außer Zagladin/Sagladin) gemäß der in der deutschen Presse üblichen DUDEN-Transkription, nicht ISO. Übersetzung ist seitenidentisch mit der Vorlage, im Original englische Passagen sind blau gekennzeichnet, der Rest ist im Original russisch.

<sup>2</sup>wörtl. „Mann Moskaus“ im Sinne eines langjährigen Partners; Anm. d. Übers.

<sup>3</sup>Andere Schreibweise möglich; aus dem Kyrillischen rekonstruiert. Anm. d. Übers.

<sup>4</sup>M(ichail) S(ergejewitsch) Gorbatschow; Anm. d. Übers.

<sup>5</sup>wörtl.: „Macht“; Anm. d. Übers.

<sup>6</sup>Perestroika wörtl.: „Umbau“; Anm. d. Übers.

<sup>7</sup>Offenbar gemeint: die Krise am Persischen Golf; Anm. d. Übers.

<sup>8</sup>Ort im Kaukasus; Anm. d. Übers.

<sup>9</sup>Sinngemäße Ergänzung d. Übers.

<sup>10</sup>der Sowjetunion; Anm. d. Übers.

<sup>11</sup>wörtl.: „unglücklichen Deutschen“ ; Anm. d. Übers.

<sup>12</sup>oder '90, unleserl.; Anm. d. Übers.

<sup>13</sup>wörtl.: „Frage“; Anm. d. Übers.